

**„Wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen“**

Dieser Spruch wird Martin Luther zu gesprochen, belegbar ist dieser Satz jedoch nicht. Dennoch hat er soviel positives, sich nicht der Verzweiflung hinzugeben und nicht ohne Hoffnung zu sein, Die Ereignisse im zurück liegenden Jahr und aktuell können einen schon in die Schwermut treiben. Corona, die Flut im Juli bei uns und jetzt der Krieg in der Ukraine. Wie eng inzwischen, insbesondere wirtschaftliche Verflechtungen geworden sind und ihre weitreichenden Folgen können wir jeden Tag erleben.

Die Maxime **Global denken – lokal handeln** wird immer wichtiger. Wir werden mit Entscheidungen in Eschweiler nicht die Welt verändern können jedoch nach dem Afrikanischen Sprichwort **„Viele kleine Leute, die an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, können das Gesicht der Welt verändern.“**

So ist es selbstverständlich, wer zu uns kommt und um Hilfe bittet, sei es wegen Krieg, Hungersnot, Umweltzerstörung, wird diese erhalten. Dieses sollte für jede Demokratin und Demokraten gelten, leider ist dies nicht bei jedem hier im Rat selbstverständlich, wir werden nicht nach Hautfarbe, Geschlecht, Religion oder sonstigem unterscheiden.

**Es kommen Menschen.**

Wir sagen **Nein** zur „Verrohung“ der Gesellschaft, der Unfähigkeit der Diskussion. Fake News statt Fakten, „Hasskriminalität“.

Komme ich zum vorliegenden Haushalt und dessen Beratung.

Ich muss nicht wiederholen, das zu einem verantwortungsvollen wirtschaftlichen Handeln die Notwendig besteht, dass man seine Einnahmen tatsächlich kennt und danach seine Ausgabenhöhe bestimmen kann. Wer nicht will, dass wir in einer Haushaltssicherung oder gar Nothaushalt geraten, sollte entsprechend konstruktiver Vorschläge machen. Dies setzt voraus sich **tatsächlich** mit dem Haushalt auseinanderzusetzen und dann darf man sich nicht wundern, dass außer dem Phrasen dreschen nichts kommt. Was wir brauchen ist ein Altschuldenfond.

***Bund-Länder-Kommunal финанzen***

**„Wir brauchen leistungsstarke und handlungsfähige Kommunen. Es gibt viele Kommunen mit hohen Altschulden, die sich nicht mehr aus eigener Kraft aus dieser Situation befreien können. Ihnen fehlt die Finanzkraft für dringend notwendige Investitionen. Wir wollen daher diese Kommunen von Altschulden entlasten. Dazu bedarf es einer gemeinsamen, einmaligen Kraftanstrengung des Bundes und der Länder, deren Kommunen von der Altschuldenproblematik betroffen sind. Die bisherigen Entschuldungsbemühungen dieser Länder sollen berücksichtigt werden. Dies kann nur in einem übergreifenden Konsens gelingen, der das Einvernehmen der Länder erfordert und einer Änderung des Grundgesetzes bedarf, für die die**

entsprechende Mehrheit im Deutschen Bundestag und Bundesrat nötig ist. Die entsprechenden Gespräche mit den Ländern und den anderen Fraktionen der demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag wird die Bundesregierung zeitnah im Jahre 2022 führen.

Dabei soll dafür Sorge getragen werden, dass eigene Beiträge zur Entschuldung geleistet werden, eine erneute derartige Überschuldung künftig rechtssicher verhindert, die Investitionskraft gestärkt und ein enges Monitoring etabliert wird. Außerdem wollen wir dafür Sorge tragen, dass es eine Berücksichtigung der Situation der ostdeutschen Kommunen gibt, die ebenfalls durch unverschuldete Altlasten herausgefordert sind. Dabei wollen wir auch Themen wie die Situation der alten kommunalen Wohnungsgesellschaften und das Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) adressieren.

Der Bund bekennt sich zu seiner Unterstützung kommunaler Investitionstätigkeit, u. a. Im Bereich des Klimaschutzes und der Transformation. Für die zielgerichtete Unterstützung bauen wir Investitionshemmnisse bei den Förderprogrammen ab und passen die Bedingungen zur Inanspruchnahme insbesondere für steuerschwache oder überschuldete Kommunen gezielt an.

Wir wollen die kommunalen Förderprogramme verbessern, indem wir sie entbürokratisieren und dort, wo möglich, sinnvoll bündeln und mit praxistauglichen Fristen versehen. Hierzu bedarf es einer engen Abstimmung zwischen Bund, Kommunen und Ländern. **Es muss auf eine ausgewogene Lastenverteilung zwischen den Ebenen der öffentlichen Haushalte geachtet werden. Insbesondere bei neuen Aufgaben, die der Bund auf die anderen Ebenen übertragen will, wird auf die Ausgewogenheit der Finanzierung stärker geachtet.**“ Koalitionsvertrag\_2021-2025, Seite 130

In der Pandemie haben sich die Vermögen der zehn reichsten Menschen verdoppelt, in Deutschland sieht es nicht besser aus. 100 Milliarden wurden in nur einer Rede zur Aufrüstung der Bundeswehr zugesichert und der Verteidigungshaushalt auf 2% des Bruttoinlandsprodukt. Wieso jedoch die bereits zur Verfügung stehenden Milliarden seit Jahren nie ausreichen wird nicht erläutert. **3 Euro Erhöhung bei den Hatz IV-Sätzen.**

Sinnvoller können solche Sondervermögen in der Bildung, Ausbau im ÖPNV, Altschuldenerlass, Ausbau der erneuerbaren Energieversorgung, Sicherung einer bezahlbaren medizinischen Versorgung, geförderter Wohnungsbau ... genutzt werden.

**Dabei ist jeder tatsächlich gesellschaftlich akzeptierte Bedarf auch finanzierbar.**

Die Stärke eines Gemeinwesens bemisst sich daran, wie es mit den Schwächsten der Gesellschaft umgeht.

Kürzungen in diesem Bereich offenbaren das geringe Maß an sozialer Verantwortung.

**„Die Ersparnisse der Reichen werden auf Kosten der Armen gemacht“**  
Jean Baptiste Say (1767-1832), franz. Ökonom

Unsere Änderungsanträge aus der letzten Haushaltsberatung konnten bedingt durch die Flut noch nicht umgesetzt werden. Das der Haushalt im Zeichen der Hochwasserkatastrophe und deren Folgen steht muss nicht weiter erläutert werden. In wenigen Monaten werden wir über den Haushalt 2023 beraten, daher haben wir für die jetzige Beratung auf Änderungsanträge verzichtet. **An dieser Stelle möchte ich den Dank und Respekt allen aussprechen, die nach der Flut angepackt haben und tatkräftig dafür sorgten und sorgen, dass es in unserer Stadt weiter geht.**

Das der Klimawandel die zentrale Herausforderung unseres Handelns sein wird hat sich auf dramatische Weise mit der Flut letzten Jahres gezeigt.

Die Umsetzung des Masterplans „Hochwasserresiliente Stadtentwicklung“ wird uns nicht vor einer Flut bewahren können, jedoch sollten Schäden soweit wie möglich klein gehalten werden. Wir werden lernen müssen mit den klimatischen Veränderungen zu leben. Die 1,5° Grad-Marke wird wohl in Kürze schon erreicht und dann überschritten werden.

*Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, zu den Ergebnissen des OB-Barometer 2022 des Deutschen Institut für Urbanistik (Difu): „Für die Städte steht der Klimaschutz schon lange weit oben auf der Agenda. Der Ukraine-Krieg und seine Auswirkungen zeigen uns jetzt deutlich: Wir müssen noch schneller wegkommen von fossiler Energie. Das Handlungsfeld ist riesig und fast alle kommunalen Bereiche sind betroffen: von der klimafreundlichen Mobilität, der energetischen Sanierung, grüner Energie und mehr Effizienz bis hin zu mehr Wasser und Grün in der Stadt. Es geht nämlich nicht nur um CO2-Einsparungen, es geht darum, wie wir Ressourcen schützen und Lebensqualität erhalten können.“*

Sehen wir die Wiederaufbauhilfe des Landes als Chance die betroffenen Schulen, Kitas, das Hallenbad auf den neusten technischen und nachhaltigsten Stand zu setzen.

Neben der klimatischen Herausforderungen stehen wir erneut vor einem **Strukturwandel**, doch auch dieser ist nicht neu und kommt nicht überraschend. Schon Heraklit sagte **Alles ist in Bewegung („Alles fließt!“)** Heraklit (ca. 520 bis ca. 460 v. Chr.)

Nutzen wir den Strukturwandel als Chance.

### **Regional – dezentral muss die Losung heißen**

In dem Ausbau Erneuerbarer Energie werden Arbeitsplätze geschaffen und ein Beitrag zur Milderung des Klimawandels. Daher sollten Betreiber von Windparks verpflichtet werden, die unmittelbaren Nachbarn und Gemeinden zu beteiligen, denn Gemeinwohlziele wie der Klimaschutz und die Sicherung der Energieversorgung sind wichtiger als privates Gewinnstreben. *(Leitsätze zum Beschluss des Ersten Senats vom 23. März 2022 - 1 BvR 1187/17 – Windenergie-Beteiligungsgesellschaften. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe billigte ein Gesetz aus Mecklenburg-Vorpommern, das seit 2016 eine solche Pflicht vorsieht. Grundrechte der Betreiber würden nicht verletzt.)*

Gleichzeitig erhöht es die Akzeptanz. Eindrucksvoll wie eindeutig sich die Menschen in Roetgen im Bürgerbegehren für den Ausbau von Windenergie ausgesprochen haben.

Die Gewerbegebiete nachhaltig gestaltet bieten auch die Möglichkeit zukunftssicherer Arbeitsplätze. Schaffen wir die Möglichkeit für StartUp's in der Innenstadt und entgegen somit Leerständen. Nutzen wir die Nähe zu den Hochschulen, ein interessanter Bericht zur Veranstaltung der ATEC (Aachen Technology and Entrepreneurship Congress) in der heutigen Ausgabe der AN/AZ (Aachener Nachrichten/Aachener Zeitung)

Wer jedoch als Miesepeter nur rum läuft und sich lautstark beklagt wie schlecht alles ist und das nichts voran geht, darf sich nicht wundern, das man ihn nicht ernst nimmt und nehmen kann. Nach den Diskussionen letzten Jahres zum Rathausquartier und den dann notwendigen Entscheidungen wie es weiter geht erleben wir erneut die Aufführung "König Drosselbart". Jeder Vorschlag, insbesondere Kompromisse werden wieder in Frage gestellt.

Diese mutlose Politik bedeutet Stillstand und Stillstand heißt Rückschritt. Die Notwendigkeit von Kompromissbereitschaft ist unabdingbar.

**"Wer nicht kompromissfähig ist, der ist nicht demokratiefähig"** Gregor Gysi

Die Innenstadt braucht eine **deutlich verbesserte Nahversorgung** und ausreichend Wohnraum. **Wohnraum**, den sich auch Menschen leisten können mit niedrigem Einkommen und nicht nur wenige. Es bedarf einer Nahverdichtung, wir können uns auch hier kein "Weiter so" im Flächenverbrauch erlauben. Ich wiederhole es gerne noch einmal. Ich möchte auch, dass wir neben der Auszeichnung für ein Faktor X-Baugebiet mit Ressourcen- und Klimaschutz auch Auszeichnungen erhalten für gutes Bauen im öffentlich geförderten Wohnungsbau. In Wien baut die Stadt Wohnungen für die breite Masse der Bevölkerung, nicht nur für Bedürftige. Eine Sozialwohnung ist kein Stigma, sondern die Norm. Mit attraktiven Sozialwohnungen lässt sich das Stigma der Armut entfernen. Eschweiler sollte und muss sich hier verstärkt engagieren.

**Menschen prägen Räume. Räume prägen Menschen.**

Mit der Ausweisung von Fahrradstrassen beginnen wir **endlich** auch in der Mobilität die notwendigen Veränderungen. Das die Straßen nicht allein den Autos gehören ist kein Naturrecht und wird langsam erkannt. Die Ausweisung von Fahrradstrassen ist ein erster Schritt. Ein großer wird die Umgestaltung bei der Indestrasse werden.

Ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Fahrrädern, Bussen, Bahnen, Autos und auch Fußgänger, um auch in Zukunft die Verkehrsmittel für eine immer mobiler werdende Gesellschaft bereitzustellen.

Mit der kurzzeitigen Bereitstellung eines 9-Euro Tickets im ÖPNV wird ein mutiger Schritt in die richtige Richtung eingeschlagen, wenn auch nicht freiwillig durch den Bund, Ziel sollte ein kostenloser ÖPNV werden. Jedoch bedarf es gleichzeitig die Bereitstellung von mehr Fahrzeugen und engeren Taktzeiten.

In einem verdichteten urbanen Raum ist die Flächeneffizienz von besonderer Bedeutung und sollte bei Investitionsentscheidungen daher verstärkt geachtet werden.

Warum müssen Parkplätze größer werden? Weil die Fahrzeuge größer werden, insbesondere sogenannte SUV's? Dann müssen auch die Parkgebühren entsprechend angepasst werden. Es gilt nicht das Autofahren zu vermiesen, es gilt vernünftige Alternativen anzubieten.

Das eine gute Infrastruktur die Qualität einer Kommune ausmacht ist nichts neues. Am Anfang meiner Rede habe ich mich deutlich gegen die zunehmende „Verrohung“ der Gesellschaft, der Unfähigkeit der Diskussion, Fake News statt Fakten und „Hasskriminalität“ ausgesprochen. Jedoch gerade in den sogenannten "Sozialen Medien" werden diese zelebriert.

Ich zitiere Karl Stoika, Ausschwitzüberlebender:

„Es waren nicht Hitler oder Himmler, die verschleppt, geschlagen & meine Familie erschossen haben. Es waren der Schuster, der Milchmann, der Nachbar, die eine Uniform bekamen und dann glaubten, sie seien die Herrenrasse.“

**„Vernunft muss sich jeder selbst erwerben,  
die Dummheit pflanzt sich gratis fort.“**

*Erich Kästner*

Es gilt das gesprochene Wort  
Albert Borchardt, Mittwoch 18. Mai 2022

D  
I  
E

L  
I  
N  
K  
E

i  
m

R  
a  
t

ä  
e  
r

